

## Schwere Aufgabe für Rajoy – Debatte um Stärkung der EU

# Absolute Macht für Spaniens Konservative

Ein Sieg des Partido Popular war erwartet worden – aber nicht in diesem Ausmaß: Mariano Rajoy kann nun auf eine absolute Mandatsmehrheit setzen, bleibt aber dabei: „Es wird keine Wunder geben.“

Reiner Wandler aus Madrid

Die Freude der einen ist das Debakel der anderen. Spaniens konservativer Partido Popular (PP) unter Mariano Rajoy hat die Wahlen mit einer nie dagewesenen absoluten Mandatsmehrheit gewonnen. Mit 44,6 Prozent der Stimmen verfügt der PP künftig über 186 der 350 Sitze im Parlament. Der sozialistische PSOE, der Alfredo Pérez Rubalcaba in die vorgezogene Neuwahl schickte, erzielte sein schlechtestes Ergebnis: 28,7 Prozent bedeuten 110 Abgeordnete, ein Minus von einem Drittel.

Mehrere kleine Parteien profitieren von der regelrechten Implosion des PSOE. Die postkommunistische Vereinigte Linke (IU) hat künftig statt einem gleich neun Abgeordnete, die in der politischen Mitte angesiedelte Union für Fortschritt und Demokratie (UPyD) fünf statt einen. Enttäuschung für die neue grüne Kraft Equo: In der Provinz Madrid kam sie nicht über die drei Prozent, die man für einen Parlamentssitz gebraucht hätte. Ein kleiner Trost ist das Ergebnis von Kompromissequo, einem Bündnis aus Regionalisten und Ökologen in Valencia, das einen Abgeordneten ins Parlament entsendet. Und in Katalonien holte die grüne ICV zwei Sitze statt bisher einen.

Für eine Überraschung sorgten die baskischen Linksnationalisten von Amaiur. Wenige Wochen nach der Ankündigung eines „endgültigen Waffenstillstandes“ durch die Separatistenorganisation Eta bekamen sie sieben Abgeordnete und liegen damit vor der gemäßigten Baskisch-Nationalistischen Partei (PNV).

Viele PP-Wähler verlangen von Rajoy, dass er Reformen wie das Recht auf Abtreibung und die Homo-Ehe zurücknimmt. Die Versuchung, wieder eine konservativ-religiöse Politik zu verfolgen, ist groß, man verfügt über eine absolute Macht auf allen Ebenen. Die Konservativen regieren in fast allen Provinzhauptstädten sowie in elf der 17 Regionen, in zwei weiteren sind sie Mehrheitsbesitzer.

## Märkte wenig beeindruckt

„Wir müssen in der heikelsten Konjunkturlage der letzten 30 Jahre regieren“, versuchte Rajoy die Euphorie zu dämpfen. Die Zinsen für Staatsanleihen liegen über sieben Prozent. Die Ratingagenturen drohen damit, Spanien weiter abzustufen, da die Wirtschaft völlig stagniert und die Sparziele nicht eingehalten werden können. Die alte Regierung wollte das Defizit von 9,3 Prozent des Bruttoinlands-

produkts (BIP 2010) auf 6,0 Prozent zu senken, 6,6 Prozent sind wahrscheinlich. Das Wachstum wird 2011 deutlich unter einem Prozent liegen. Die Arbeitslosigkeit, schon jetzt EU-weit die höchste mit 21,5 Prozent, steigt weiter an.

„Es wird keine Wunder geben, wir haben sie auch nicht versprochen“, warnte Rajoy. Wie er der Krise Herr werden will, verriet er nicht, über sein Kabinett wurde nur bekannt, dass in Schlüsselpositionen Experten zum Zug kommen könnten.

Die Finanzmärkte zeigten sich zunächst wenig beeindruckt. Die Renditen der Staatsanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren sanken am Montag minimal, die Aktienkurse an der Madrider Börse gingen leicht zurück.

Erstmals seit Beginn der Finanzkrise hat der Staat die Kontrolle über eine Bank übernommen. Die vom Zusammenbruch bedrohte Banco de Valencia wurde dem staatlichen Rettungsfonds unterstellt. Das Management der Bank wurde abgesetzt.

Die Bank erhält eine Milliarde Kapitalhilfe, sowie Kredite von zwei Milliarden Euro. Nach der Konsolidierung soll die Bank versteigert werden.

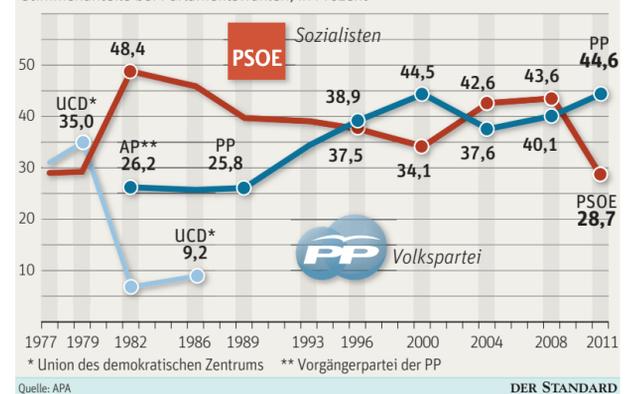
Kommentar, Kopf des Tages Seite 28



Zu einer anderen Zeit hätte Mariano Rajoy frenetisch gejubelt, doch am Sonntag versuchte er eher, die Euphorie zu bremsen. Foto: AP/dapf

## Spanien – Wahlsieg der Konservativen

Stimmenanteile bei Parlamentswahlen, in Prozent



## „Europa mit den bestehenden Institutionen stärken“

Gefährdet die Politik des Sachzwanges Demokratie und Fortbestand der EU? Tanja Börzel, Expertin für europäische Integration, relativiert im Gespräch mit Josef Kirchengast Ängste und empfiehlt pragmatische Lösungsansätze.



STANDARD: Griechenland und Italien wollen die Schuldenkrise mit Technokratenregierungen meistern, Spaniens Wahlsieger Rajoy will Technokraten zumindest auf Schlüsselpositionen setzen. Könnte aus dieser Entwicklung eine Gefahr für die Demokratie erwachsen, etwa durch populistische Gegenbewegungen, die den Regierungen Brüssel-Hörigkeit vorwerfen?

Börzel: Das glaube ich nicht, weil diese Technokraten- oder Expertenregierungen erstens Übergangsregierungen sind und zweitens von den großen Parteien mitgetragen werden.

STANDARD: Ein anderes Beispiel ist Ungarn. Dort verbat sich Premier Orbán zunächst jegliche Einmischung durch Währungsfonds und

EU und vollzog jetzt angesichts der dramatischen Budgetlage die Wende. Das dürfte der extremen Rechten weiteren Auftrieb geben.

Börzel: Das ist ein spezifisch ungarisches Problem. Das Problem für die Demokratie als solche ist, dass eine Regierung zu politischen Entscheidungen gezwungen wird, die nicht notwendigerweise dem Wählerwillen entsprechen. In Griechenland war das von Papandreou geplante Referendum ja genau der Versuch, aus diesem Dilemma herauszukommen. In dieses Dilemma möchte sich Herr Orbán erst gar nicht hineinbegeben. Aber wenn Ungarn auf finanzielle Hilfe von außen angewiesen ist, ist es nur legitim, dass die internationalen Geldgeber auch eine Änderung der Politik verlangen, da-

mit die Finanzhilfen auch Wirkung zeigen.

STANDARD: Welche Regierung mit welchem Wählermandat auch immer – der politische Handlungsspielraum scheint angesichts des Sanierungszwanges minimal. Wächst da nicht ein Frustrationspotenzial, das an den Grundfesten der EU rütteln könnte?

Börzel: Das ist sehr ambivalent. Die Bürgerinnen und Bürger in Griechenland, Italien und Spanien sind ja gar nicht gegen Reformen. Wogegen sie sich wehren, ist die ungerechte Verteilung der Kosten.

STANDARD: Zur Kostenverteilung innerhalb der EU: Wie lange wird die Großmut der Deutschen als europäische Zahlmeister noch dauern?

Börzel: Es ist in Deutschlands ureigenstem Interesse, diesen Ländern zu helfen. Wir profitieren wirtschaftlich, aber auch politisch, wenn wir die EU dadurch, dass wir sie aus der Krise führen, hoffentlich auch stärken. Insofern ist das keine Selbstlosigkeit.

STANDARD: Die Antwort auf die Krise könne nicht weniger, sondern mehr Europa heißen, heißt es vielfach. Wie viel mehr Europa ist tatsächlich machbar?

Börzel: Mehr Europa im Sinne einer starken europäischen Wirtschaftsregierung, eine gestärkte politische Union: Davon halte ich

nichts, weil dazu eine umfassende Reform der Verträge notwendig wäre. Den Konsens unter den 27 Mitgliedstaaten dazu sehe ich nicht. Man sollte Europa mit den bestehenden Institutionen stärken: dem Stabilitäts- und Wachstumspakt Biss verleihen, Überwachungs- und Sanktionsmöglichkeiten der Kommission stärken.

STANDARD: Also im Wesentlichen weiter durchwursteln.

Börzel: Na ja, durchwursteln: Dafür, dass die EU aus 27 Mitgliedstaaten besteht, hat sie sich in der Finanzkrise bisher ganz gut geschlagen. Wenn Österreich die EU wäre und die anderen Bundesländer sich auf einen Rettungsschirm für Kärnten, das Griechenland Österreichs, verständigen müssten: Glauben Sie, sie würden eine einstimmige Entscheidung hinbekommen?

TANJA A. BÖRZEL ist Professorin für Europäische Integration an der Freien Universität Berlin. Zu ihren Forschungsgebieten zählt u. a. vergleichende Regierungslehre, Schwerpunkt West- und Südeuropa. F.: FU Berlin

